

Erstausgabe in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementspreis
für ein Vierteljahr 1 M. 40 Pf. pro
Quartal.
Wochen-Abonnements
werden bei allen deutschen Buchhändlern
auf den 1. und 4. Monat, nach auf den
2. Monat bezogen angenommen; im
Königst. Sachsen und Herzogth. Sachsen-
Weimarburg auch auf den 1. Monat
des Quartals à 24 Pf.
Inserate
für Veranlagungen pr. Zeile 10 Pf.,
für Anzeigen pr. Zeile 20 Pf.
für Anzeigen pr. Zeile 30 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Buchhändler und Zeitungs-
handlungen des In- u. Auslandes.
Hilfs-Expeditoren.
New-York: E. G. Bremer, Germania-
sche Buchhandlung, 154 N. 4th St.
Philadelphia: J. G. B. 420 North
2d St.
J. G. B. 1129 Charlotte St.
Chicago: W. Hoffmann, 296 Division
Street.
San Francisco: J. G. B. 415 O'Far-
rell Street.
London: H. G. B. 5 Nassau Street,
Middlesex Hospital.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 29.

Mittwoch, 6. December.

1876.

An die Parteigenossen!

Die Wahlen für den nächsten Reichstag sind endgültig auf Mittwoch, den 10. Januar des kommenden Jahres festgesetzt.

Parteigenossen, Ihr kennt eure Pflicht!
Wahlberechtigt ist jeder Deutscher, welcher bis zum Tage der Auslegung der Listen das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

Die Partei- und Gesinnungsgenossen haben darauf zu sehen, daß eine genaue Durchsicht der Wahl-
listen, sobald sie öffentlich ausliegen, stattfindet.

Jeder Wähler ist an dem Orte, wo er seinen Wohnsitz hat, in die Wahlliste einzutragen und hat das Recht, sich der Eintragung seines Namens zu vergewissern. Jeder, dessen Name am Tage der Wahl nicht in der Wahlliste steht, hat kein Stimmrecht; Reklamationen am Wahltage gelten gar nichts mehr.

Die Durchsicht ist am Besten zu organisiren, daß Einer das genaue Namensverzeichnis von möglichst vielen Gesinnungsgenossen anfertigt und dieses mit der offiziellen Liste vergleicht und diejenigen, deren Namen fehlen, sofort benachrichtigt, damit sie reklamiren.

Außerdem empfehlen wir den Parteigenossen, sofort bei den Ortsbehörden vorstellig zu werden, daß die Wahllisten auch an den betreffenden Sonntagen auf einige Stunden wenigstens zur Einsicht ausliegen.

Es ist wichtig, daß vorstehende Rathschläge von allen unseren Genossen gewissenhaft befolgt und weiter verbreitet werden.

Zur Frage der Schwurgerichte

Schreibt man uns aus Stuttgart: In Nr. 26 des „Vorwärts“ wird in zwei Artikeln gegen die Schwurgerichte in ihrer derzeitigen Einrichtung losgezogen und zum Schluß noch gesagt, daß man sich nicht verwundern dürfe, wenn unsere Reichstagsabgeordneten nach der derzeitigen Sachlage gegen die Schwurgerichte und für die gelehrten Richtercollegien sich entscheiden würden. Letzteres würde ich für eine große Inconsequenz halten. Die Schwurgerichte, wie wir sie z. B. in Württemberg haben, sind allerdings keine Volksgerichte, es können nur solche Geschworene werden, welche hinlängliche Existenzmittel haben, um ohne Schaden für ihr Hauswesen den Dienst als Geschworene unentgeltlich versehen zu können, und die Wahl liegt fast ganz in den Händen der Richter, es tritt daher nur die Klasse von mittleren und größeren Besitzern in die Geschworenengerichte ein. Deswegen aber diesem Klassengericht das gelehrte Gericht vorziehen, hieße nicht anders, als wenn man in der Staatsregierung den absoluten Despotismus, weil er hier und da besser regiert als der constitutionelle Monarchismus, diesem vorziehen wollte. Kein Sozialist wird den aufgklärten Despotismus unseres Napoleons der jetzigen französischen sog. Republik vorziehen, weil in dieser Republik sich die Bourgeoisie die Regierung angemacht hat. Warum, das brauchen wir gar nicht weiter auseinanderzusetzen. Gerade so ist es aber mit den Schwurgerichten. Der Uebergang von den Schwurgerichten zu den Volksgerichten ist gewiß leichter zu machen, als der von den gelehrten Gerichten zu den Volksgerichten. Viele der Geschworenen treten später in die Reihe der Nichtbesitzenden, oder gehören derselben schon bei der Ernennung an, viele werden allmählich Sozialisten aus prinzipieller Ueberzeugung werden. (A. d. R.: Ganz dasselbe findet statt bei vielen sogenannten Gelehrten, von denen gar Mancher auch aus Erfahrung weiß, daß Hunger weh thut. Es giebt auch Juristen der Art.) Das Geschworneninstitut drängt zum Volksgericht hin, das gelehrte Gericht, trotz aller sog. Röhigung der gelehrten Richter, drängt zum Absolutismus.) Ich muß mich noch gegen die Behauptung wenden, daß die Diebe, Räuber, Mörder etc. hauptsächlich auf die nichtbesitzende Klasse kommen; das habe ich bei den württembergischen Schwurgerichten nicht gefunden. Die Diebereien, die Brandstiftungen, die betrügerischen Bankerotte, die Weineide wegen Geldgewinnes sind unter den Besitzenden aller Stände gerade so häufig. Nur der Unterschied ist, daß der besitzlose Dieb immer wieder dem Justizhaus zuwandert, der besitzende Dieb aber nach der ersten Justizhausstrafe sich der Dieberei meistens enthält. Warum das so ist, das weiß Jeder.

Als Sozialist von Fleisch und Blut und Kopf und Hirn muß ich dagegen protestiren, daß unsere Reichstagsabgeordneten je einmal gegen die Schwurgerichte in ihrer jetzigen Form stimmen werden, wenn nur die Wahl bleibt zwischen Schwurgericht und Gelehrtengericht.

Nun, das werden sie wohl auch nicht thun. Sie werden sich aber auch für die Schwurgerichte in ihrer jetzigen Form nicht

begeistern. Kein Zweifel, unsere heutigen Gelehrten-Gerichte sind äußerst mangelhaft, es fehlt ihnen der „innige Zusammenhang mit dem Fühlen und Denken des Volks“, kurz, „der volksthümliche Charakter“, sie werden, trotz aller gesetzlichen Garantien für die Unabhängigkeit der Richter“, und selbst wenn flagranten Beeinflussungen, wie sie hier und da „ländlich sittlich“ sind, vorgebeugt werden könnte, von der herrschenden Regierung mehr oder weniger abhängig sein. Aber sind die Schwurgerichte in ihrer heutigen Gestalt etwa nicht abhängig? Allerdings sind sie es, nur nicht direkt von der herrschenden Regierung, sondern von den Vorurtheilen der herrschenden Klasse, aus der sie hervorgehen, der Bourgeoisie. Die Umstände, unter denen wir aufwachsen, bestimmen unsere Anschauungen, das hat Robert Owen sehr richtig erkannt. Mit Ausnahme einiger wenigen besonders kräftig oder ideal angelegten Naturen hält Jedermann seine Interessen für berechtigt, die den feineren entgegenstehenden für unberechtigt. Der Rechtsbegriff ist nichts als der den meisten Individuen freilich unbewußte Ausdruck der individuellen Interessen. Der Gerechtigkeit entsprechend, das heißt den Rechtsbegriffen anderer Individuen nicht widerstrebend wird der Rechtsbegriff des einzelnen Individuums erst dann sein können, wenn die Interessen der Individuen aufgehört haben, einander zu widerstreiten. Mit anderen Worten: die Harmonie der Interessen ist die nothwendige Grundlage der Gerechtigkeit. Und die Harmonie der Interessen kann erst in der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung zur Wahrheit werden. Heute, wo diese Harmonie nicht besteht, haben wir die widerstreitendsten Rechtsbegriffe und von Gerechtigkeit kann nicht die Rede sein. Der Rechtsbegriff des Bourgeois ist ein anderer als der des Proletariats, der Rechtsbegriff des Arbeitgebers ein anderer als der des Arbeiters. Die Verschiedenheit der Rechtsbegriffe entspricht genau der Verschiedenheit der Interessen. Wo die Interessen sich zufällig nicht widersprechen, z. B. bei Beurtheilung einer gemeinen, von allen Menschen gleichmäßig verurtheilten Handlung, da tritt diese Verschiedenheit zurück; wo aber die widersprechenden Interessen in's Spiel kommen, da macht die Verschiedenheit sich auf's Energischste geltend. Und bei den politischen und sozialen Fragen ist dies der Fall. Nach Bourgeoisbegriffen ist das Recht auf Seiten der heutigen Staats- und Gesellschaftsrichtungen, und das Unrecht auf Seiten Derer, die diese Einrichtungen „umstürzen“ wollen. Kommt nun ein solcher „Umstürzer“ vor ein nach Bourgeoisbegriffen rechtssprechendes Schwurgericht, so wird er unfehlbar verurtheilt, und zwar „von Rechts wegen“ und nach bester Ueberzeugung. Das moderne Schwurgericht ist aber ein Bourgeoisgericht. So lange die Bourgeoisie gegen den Staat Front machte, sprachen die Bourgeoisgeschworenen eben „Staatsfeind“ frei — „Gesellschaftsfeinde“ gab es damals noch nicht. Seit jedoch die Bourgeoisie thatsächlich die Herrschaft im Staat erlangt hat und ihre politische Herrschaft zur Befestigung ihrer ökonomischen Herrschaft, ihrer Klassenherrschaft benutzt, sprechen die Geschworenen keine Staats- und Gesellschaftsfeinde mehr frei.

Also: die gelehrten Berufsrichter sind von der Regierung abhängig.

Die Bourgeois-Geschworenen sind von den Rechtsbegriffen der herrschenden Klasse abhängig.

Das ist so ziemlich „gehäpft wie gesprungen“.

In den Schwurgerichten sind die Rechtsbegriffe der Bourgeoisie direkt bestimmend, bei den gelehrten Berufsrichtern sind sie indirekt bestimmend. Bei den letzteren äußern sie sich daher auch häufig weniger kräftig: so ist z. B. von zahlreichen Berufsrichtern erklärt worden, daß ein Urtheil wie das im Leipziger Hochverrathprozeß von Geschworenen gefällte von Berufsrichtern nicht hätte gefällt werden können. Doch lassen wir das; der Klassencharakter der heutigen Schwurgerichte wird uns nicht dazu verleiten, unser Votum prinzipiell gegen die Schwurgerichte, insofern sie eine Concession an das Prinzip der Volksgerichte sind, abzugeben; allein wir müssen feithalten an dem Beschluß des Gothaer Sozialistencongresses:

„Der Congress nimmt zu der Frage, ob Schwurgerichte, Schöffengerichte oder juristische Berufsrichter, dem sozialdemokratischen Programme gemäß, Stellung, indem er erklärt, daß im Klassenstaat keine Form der Gerichtsverfassung Recht und Gerechtigkeit verbürgen kann, und daß darum freie Volksgerichte, auf Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gebildet, zu erstreben sind.“

Ein kleiner Staatsstreich

Vor einigen Tagen verlautete, es werde eine neue Eintheilung der Wahlbezirke geplant, und dem Bundesrath sei ein derartiger Gesetzentwurf bereits zugegangen. Da die jetzige Eintheilung der Wahlbezirke, wie wiederholt von uns hervorgehoben, von Haus aus eine sehr mangelhafte war, und durch die seit ihrem Bestand eingetretenen Veränderungen in der Einwohnerzahl der Wahlbezirke noch weit mangelhafter, den Bevölkerungsverhältnissen durchaus nicht mehr entsprechend, geworden ist, so betrachtete man einen derartigen Gesetzentwurf als etwas Selbstverständliches, und glaubte natürlich, daß es sich um eine Neuregelung handele, welche dem nächsten Reichstag zur Prüfung und Bestätigung würde vorgelegt werden. Denn bei äußerster Beschleunigung könnte der gegenwärtige Reichstag ein solches Gesetz erst Mitte Dezember beschließen, das heißt noch nicht 4 Wochen vor dem Wahltage, und daß diese Frist für die nothwendig gemachten agitatorischen und organisatorischen Maßnahmen zu kurz wäre, liegt auf der Hand.

Die Reichsregierung hat anders geurtheilt. Sie hat uns eine Ueberraschung zugebracht. Es handelt sich nicht um ein all-

gemeines, ganz Deutschland umfassendes Gesetz, sondern um ein direkt gegen die Sozialdemokraten gerichtetes Gelegenheitsgesetz; und dieses Gelegenheitsgesetz soll Knall und Fall vom Bundesrath und Reichstag bewilligt und schon bei der bevorstehenden Wahl in Anwendung gebracht werden.

Hören wir die „Vossische Zeitung“ vom 1. d.:

„Ein Gesetz wegen Abänderung der Grenzen einer Anzahl von Reichstagswahlkreisen soll dem Reichstage noch in seiner gegenwärtigen Session vorgelegt werden, und zwar soll dieses Gesetz mit dem Tage seiner Publikation in Kraft treten, so daß die Absicht zu bestehen scheint, die neue Begrenzung der Wahlkreise schon den Reichstagswahlen vom 10. Januar t. J. zu Grunde zu legen. Es muß sehr auffällig erscheinen, bemerkt die „V. A. G.“ (Berliner Angereicherthe Correspondenz?), daß ein solches Gesetz für die letzten Tage der letzten Session einer Legislaturperiode zur Einbringung bestimmt, ja daß es dem Reichstage noch nicht einmal zugegangen ist, während doch schon die offiziellen Vorbereitungen für die Reichstagswahlen sich in vollem Gange befinden und die Wahlbewegung auf Grund der bisherigen Eintheilung der Wahlkreise bereits in vollem Fluße ist. Seitdem die Absicht der Regierung bekannt geworden ist, werden von allen Seiten Proteste dagegen laut; dieselben richten sich nicht sowohl gegen den Inhalt des Gesetzentwurfes, welcher offiziell übrigens noch nicht vorliegt, als vielmehr gegen die ipso Einbringung desselben nach Eröffnung der Wahlbewegung. Nach dem, was bisher über den Inhalt bekannt geworden ist, handelt es sich keineswegs darum, im Hinblick auf die so beträchtlich gestiegene Seelenzahl in verschiedenen Reichstagswahlkreisen eine derselben besser entsprechende Vertheilung der Abgeordnetenplätze unter gleichzeitiger Vermehrung derselben herbeizuführen, sondern lediglich um eine anderweitige Abgrenzung zwischen solchen Wahlkreisen, in Betreff deren neuerdings Veränderungen der administrativen Eintheilungen stattgefunden haben. Vorläufig läßt sich noch gar nicht übersehen, ob und welche Veränderungen durch die Dispositionen der Vorlage etwa in den Chancen der verschiedenen Parteien beim Wahlkampf eintreten werden; aber selbst wenn sich herausstellen sollte, daß der Vorlage irgend welche politische Tendenz gänzlich fremd ist, würde dadurch immerhin das eine Bedenken nicht beseitigt, daß in einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen die Basis der Wahlbewegung, die Jedermann für unverrückbar zu halten allen Grund hatte, kurz vor dem Wahltermin noch eine Erschütterung erfährt, welche die vorbereitenden Schritte aller Parteien gleichmäßig zu stören droht.“

Der Wortlaut des Gesetzentwurfes ist noch nicht bekannt, aber so viel verlautet als gewiß, daß an einigen rheinpreussischen und holländischen Wahlbezirken, an Vaucaudun und an sämtlichen sächsischen Wahlkreisen „Wahlgeometrie“ geübt wird, sowie auch an einem hessischen Wahlkreis, dem Kreis Ofenbach-Dieburg, zufällig dem einzigen, in welchem die Sozialdemokratie die besten Aussichten auf Erfolg hat.

Aus diesem Kreise selbst wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben:

„Nach dem vom Reichsfinanzminister an den Bundesrath gelangten Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung mehrerer Reichstags-Wahlbezirke, scheiden die Stadt Offenbach und 9 umliegende Ortschaften aus dem fünften Wahlkreis (Offenbach-Dieburg) aus und werden dem dritten Wahlkreis (Friedberg) zugetheilt. Der fünfte Wahlkreis, welcher seiner der Bevölkerung nach der stärkste war, wird nun zum schwächsten. Die auscheidenden Gemeinden repräsentiren eine Bevölkerung von circa 35,000 Seelen. Mag dieser Umstand und die neue Eintheilung der Verwaltungsbezirke in den beiden rechtsrheinischen hessischen Provinzen immerhin das Motiv zu der proponirten Veränderung abgegeben haben, wie die Motive hervorzuheben; thatsächlich kommt die Verkleinerung des Wahlkreises der national-liberalen Candidatur (Dernburg) zu Gute, und das Volk wird sich um so mehr dem Glauben hingeben, daß es sich hier um ein Stück Wahlkreisgeometrie handele, als der dritte Wahlkreis nunmehr aus Ortschaften zweier durch preussisches Gebiet getrennten Provinzen combinirt werden soll. Bei der Wahl im Jahre 1871 kam es in Offenbach-Dieburg zu einer Stimmzahl zwischen Dernburg und dem von den Liberalen unterstützten Regierungskandidaten Richter, bei welcher die Sozialdemokraten den Ausschlag zu Gunsten des Ersteren gaben. Vor drei Jahren siegte Dernburg schon bei der ersten Wahl mit 11,223 Stimmen gegen 8000, von denen 4780 auf den Liberalen, 4126 auf den sozialdemokratischen Kandidaten fielen. Die Sozialdemokratie hat in Folge ihrer schon seit Jahresfrist rührig betriebenen Agitation untreulich bedeutend an Terrain gewonnen; der bundesrätliche Gesetzentwurf zerstört aber die Liebkeitschen Circle. In Offenbach und in den umliegenden Ortschaften wohnt eine zahlreiche Fabrikbevölkerung, welche das Hauptcontingent zu den sozialdemokratischen Stimmen liefern. Diese Orte werden dem Wahlkreis Friedberg zugewiesen und so die sozialistischen Stimmen unter dem Uebergewicht der Landbevölkerung der Wetterau erdrückt. Unter den abgeriffenen Orten befinden sich sechs katholische Pfarreien, von welchen angefaßt der fast durchweg protestantischen Bevölkerung des dritten Wahlkreises dasselbe gilt.“

Die Ausführungen des Correspondenten bedürfen keines Commentars. Die Verkleinerung des Wahlkreises Offenbach-Dieburg ist die Antwort der Reichsregierung auf die über alles Erwarten günstige Aufnahme, welche Liebkecht und dessen Candidatur in diesem Wahlkreis gefunden. Es ist das unstreitig sehr — schmeichelhaft; was es sonst noch ist, verdient das Strafgesetz uns zu sagen. Genug: die Reichsregierung hat in diesem Fall in einer einfachen Verwaltungsfrage, die außerhalb des Parteikampfes stehen sollte, direkt Partei ergriffen und zwar gegen die Sozialdemokraten für die Nationalliberalen. Wir acceptiren das Compliment; wird doch durch die Einmischung der Regie-

*) Möglich, aber nicht nothwendig! Es giebt auch absolutistische Strebungen befördernde Schwurgerichte.

...nung anerkannt, daß unsere Gegner ohne „Staatshilfe“ nicht mit uns fertig werden — und wir nehmen des Weiteren frohen Gemüths von der Thatsache Notiz, daß die Reichsregierung durch ihre Intervention zu Gunsten des nationalliberalen Herrn Dernburg diesen als Regierungscandidaten und seine Partei als Regierungspartei gekennzeichnet hat.

Wir gratuliren!
Und werden uns nicht überrumpeln lassen.
Durch „Wahlgeometrie“ tödtet man nicht die Sozialdemokratie — hält man sie nicht einmal auf.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die zweite Lesung der Justizgesetze im Reichstag hat auch die ganze verflochtene Woche angefüllt. Wir werden die Verhandlungen in nächster Nummer zusammenfassen. Heute sei nur auf die prinzipiell wichtigsten Abstimmungen hingewiesen: für die Zuständigkeit der Schwurgerichte bei Freigebühren stimmten 212 Mitglieder gegen 105, für die Abschaffung des Zeugniszwangs 238 gegen 50, für die Befestigung des Kompetenzkonflikts (daß bloß ein Gerichtsstand für jedes Vergehen besteht) 253 gegen 39 (in einer anderen diesbezüglichen Abstimmung waren es 250 gegen 18 Stimmen). Also lauter überwältigende Majoritäten. Ob diese Majoritäten, nachdem Fürst Bismarck sich energisch gegen die genannten Beschlüsse erklärt hat, sich auch in der dritten Lesung, die Ende der künftigen Woche beginnt, finden werden, ist zum Mindesten zweifelhaft. Es kann auf wenige Stimmen ankommen, und die sozialdemokratischen Abgeordneten werden deshalb sämmtlich am Plage sein.

— Die königlich preussische Staatsanwaltschaft und die freie Rede. Unter diesem Titel veröffentlicht Dr. Kollmann ein Schriftchen, veranlaßt durch einen von ihm in allen 3 Instanzen gewonnenen Klageprozeß, den man gegen ihn angestrengt hatte wegen einer Reihe von Artikeln über das heutige Königsweien. In der Vorrede ruft der Verfasser aus (und wir stimmen ihm vollkommen bei. A. d. R.): Was hilft alle Deklamation von Freiheit und dergl., wenn man in Preußen eine ehrliche Uebersetzung mit Gründen nicht mehr aussprechen darf, oder doch riskirt, dafür ein ganzes Jahr lang von der Oberstaatsanwaltschaft verfolgt zu werden? — Auch dieses Faktum möge den „Geschworenen des großen Nationalschwurgerichts“ nicht entgehen, daß sie das Ihre thun, um eine Wendung zum Besseren herbeizuführen.

— Zeugniszwang und sein Ende. Ein neuer den Redakteur des „Kur. Bozn.“ betreffender Fall ist dadurch noch besonders interessant, weil die Verhaftung erfolgte wegen Zeugnisverweigerung in der berüchtigten Ledochowsky-Briefsaffäre. — Hoffentlich werden dadurch die Reichstagsmitglieder an ihre Pflicht erinnert und halten aus durch alle Lesungen des betreffenden Gesetzes, so daß wir die Pest des Zeugniszwangs loswerden.

— Der Dank vom Hause — Romanoff. Der Lohn für die freundschaftliche Neutralität ist dem preussisch-deutschen Reich soeben von „Bäterchen“ bezahlt worden — eine verschärfte Grenzsperrung und erhöhte Einfuhrzölle! Schon die bisherigen Zustände waren unerträglich, ruinierend für die an Rußland grenzenden preussischen Provinzen. Und nun noch eine Verschärfung! Die „Bosnische Zeitung“ schreibt darüber:

„Der neueste russische Wille, welcher eine bedeutende Erhöhung der Zollsätze bedeutet, verweist namentlich der Provinz Preußen, wo die Entwicklung des Verkehrs bisher ohnehin schon durch den von Prohibitivzöllen starrten russischen Tarif sehr gehemmt wurde, einen ganz empfindlichen Schlag. Es erscheint jetzt geradezu als eine Pflicht der preussischen Regierung, als ein Gebot der Gerechtigkeit, die russische Rücksichtslosigkeit mit aller Energie zurückzuweisen. Schon die Anfänge zur Bildung des Zollvereins erlegten Preußen Opfer an freihändlerischen und finanziell richtigen Grundrissen auf, die der Staat als Ganzes im Interesse seiner nationalen Politik immerhin gern bringen mochte, die aber den Ostprovinzen ebenso empfindlich wurden, wie sie anderen Landestheilen umgekehrt in jeder Weise zu Statten kamen. Während z. B. in Rheinland und Westfalen sich die Industrie zu größter Blüthe emporzuschwang, wurden die Interessen der wesentlich auf Landwirtschaft angewiesenen Theile des Staates einer Politik geopfert, die vielleicht größeres nationales Uebel verhängte, die aber bei größerer Energie und

besserer Einsicht doch auch schon viel früher, als wirklich geschehen ist, dem Zollvereinistat die Wendung zum Freihandel hätte geben können. Der Staat ist demnach den Ostprovinzen, insbesondere der Provinz Preußen gegenüber verpflichtet, Versäumtes nachzuholen, durch die offenkundige Noth eines Landes, theils gedrängt, seine Wünsche für Ermäßigung des russischen Tarifs in angemessener und wirksamer Weise geltend zu machen. Oder ist Preußen etwa heute noch das Preußen des Freiherrn Otto von Manteuffel und Rußland das Rußland des Czaren Nicolans?“

Nein, es ist nicht das Preußen des Hrn. Otto v. Manteuffel. Aber eines anderen Otto, des „großen“ Otto, der weit „größer“ ist als jener kleine Otto, vor allem weit größer in seiner Gerechtigkeit für den „Großfreund“.

— Ein Kulturfortschritt — aber nicht in Deutschland. Anlässlich des Zusammentritts der Affären des zweiten Geschworenenbezirks in Bern verweigerte ein Geschworener den üblichen Eid, indem er einfach erklärte, er glaube an keinen Gott. Die Kriminalkammer beschloß, ihn auf die Formel: „Ich schwöre es ohne alle Gefährde“ zu vereidigen, worauf er den Eid leistete. Die schweizerischen Behörden interpretiren die Gewissensfreiheit allgemein so, daß Niemand zum religiösen Eide gezwungen werden könne. Mitglieder der Bundesversammlung, welche den Eid nicht schwören wollten, haben denselben durch das bloße Handgelübde ersetzen dürfen, und wie man sieht, lassen auch die Gerichte die einfache Schwurformel zu, deren Inhalt kein religiöser ist; — „ohne alle Gefährde“, ein Wort der Rechtsprache, heißt nichts anderes als: mit Ausschluß jeder gefahrbringenden Absicht. Ehe wir in Deutschland so weit sind, werden sich noch ganze Reize parlamentarischen Wassers über die Lippen unserer unabhängig freigeistigen Volksvertreter ergießen.

— „Bäterchen“ thut wider fromm und friedlich. Schreibt man da der „Agence Havas“ aus Petersburg „der Kaiser habe bald nach seinem Eintreffen in der Hauptstadt die um ihn versammelten Minister über den Eindruck befragt, welchen seine in Moskau gesprochenen Worte gemacht hätten, und auf die Bemerkung, daß dieselben in kriegerischem Sinne gedeutet worden, erwidert: Europa werde bald von solcher Meinung zurückkommen. Vielleicht hätte er weniger lebhaft gesprochen, wenn er nicht wenige Augenblicke zuvor ein Telegramm mit dem Rejame der Rede des englischen Premierministers erhalten hätte. Er habe nach seinem Gewissen gesprochen, und da er seiner Intentionen sicher sei (!), habe er das Vertrauen, nichts gesagt zu haben, was ehrliche Leute zu dem Glauben bringen könne, daß irgend Jemand den Frieden mehr liebe als er. Es sei ferne von ihm, einen Krieg entfesseln zu wollen, aus welchem schreckliches Unglück hervorgehen könne. Wenn er in die Nothwendigkeit verlegt würde, es zu thun, so nehme er Gott zum Zeugen, daß ihm nicht die Verantwortlichkeit zufalle. Darauf von Moskau und dem Enthusiasmus der dortigen Bevölkerung sprechen, erklärte der Kaiser, daß er in dem von patriotischen Erinnerungen erfüllten Kreml sich dem Ausdruck seiner Gefühle überlassen habe, aber dennoch hoffe, das Maß nicht überschritten zu haben. Er wolle keine Gebietsvergrößerung, sein Reich sei groß genug, und enthalte noch ungeheure Länderstrecken, die un bebaut bleiben. Der Kaiser betonte alsdann nochmals die Mission Rußlands, seine Glaubensgenossen im Orient zu schützen und die anderen Mächte im Namen des Evangeliums zur Mitwirkung einzuladen. Er, der Kaiser, hoffe, daß England diese Mitwirkung nicht verjagen werde.“

Wird dem Engländer nicht einfallen — es sei denn, daß sie zu den „ehrliden Leuten“ gehören, die nicht glauben, daß irgend Jemand den Frieden mehr liebe, als er — nämlich „Bäterchen“ und daß „er keine Gebietsvergrößerung wolle.“ China und andere Landestheile in Centralasien sind dem „Bäterchen“ natürlich wider seinen Willen von den Bewohnern aufgezwungen worden; die neuesten Verträge zur Zerstückelung der Türkei, die Truppenbewegungen nach Serbien — Alles geistig gegen den Willen des friedliebenden „Bäterchens“. „Bäterchen“ hat's ausgegagt und wer's nicht glaubt, ist nicht „ehrlid“. Außerdem soll man — an einem Kaiserwort ebensowenig mädeln wie an einem Königwort.

Inzwischen verlassen die Türken sich auf die „Ehrlidheit“ ihrer Flinten und Säbel, und bereiten sich darauf vor, ihr Urtheil über weitere praktische Athätigkeiten der Friedensliebe „Bäterchens“, ob es nur „Gott zum Zeugen nimmt“ oder nicht, durch „ehrlidhe“ Hiebe à la Aleximatsch auszubraden. — Apropos, von unserer russisch-bismarckischen Presse wird jetzt

wieder unterschätzt gelogen, um die Sache der Porte hoffnungslos erscheinen zu lassen. So heißt es z. B., Griechenland werde eine Armee von 200,000 Mann gegen die Türken in's Feld stellen. Griechenland hat ungefähr 1 Million Einwohner; mit Aufgebot aller Kräfte bringt es 30,000 reguläre Soldaten zusammen, und diese sind von so schlechter Qualität, daß sie von einem halben Duzend türkischer Bataillone in alle Regionen der Bunderse zerstreut würden. —

— Noch ist Polen nicht verloren. Wir erhalten folgende Zuschrift:

London, 29. November 1876.
An die Redaktion des „Vorwärts“,
Friedrichstraße 1211. Leipzig.
Durch gefällige Aufnahme des beifolgenden Beschlusses werden Sie sehr verbunden
Ihren ergebensten
W. Brodiewski.

Am 29. November, dem Jahrestage der polnischen Insurrektion von 1830, hat das Comité der Gesellschaft „Das polnische Volk“ im Verein mit der Delegation der continentalen Sektionen dieser Gesellschaft folgenden Beschluß gefaßt:

„In Erwägung, daß in diesem Augenblick die europäischen Regierungen mit den Leiden der slavischen Völker unter türkischer Herrschaft und den Mitteln, ihre Lage zu verbessern, beschäftigt sind.

„Daß unter der Herrschaft der moskowitzischen Regierung das polnische Volk aller seiner politischen, sozialen und Menschenrechte beraubt, und weder Leben noch Eigenthum, weder Sprache noch Religion der Polen vor der entsetzlichen Willkür gesichert ist.

„Daß die Gerechtigkeit für Alle eine und dieselbe sein muß. Beschließen wir, die Aufmerksamkeit aller europäischen Völker auf die Unterdrückung des polnischen Volkes durch die moskowitzische Regierung zu lenken.

„Und unseren festen Entschluß zu erklären: Daß wir unsere politischen und sozialen Rechte mit allen und jeden Mitteln zu erkämpfen gesonnen sind, welche die Tyrannei unserer Unterdrücker rechtfertigen mag.“

General W. Brodiewski, Präsident.
John Kruski, Sekretär.
8c Edward St. Hampstead Road.“

— Mit Bezug auf die Einsetzung der Reichstagswahlen hat das Reichstagswahlcomité unserer Frankfurter Parteigenossen folgenden nachahmungswerthen Antrag bei dem Magistrat gestellt:

„Das Amtsstol, in welchem laut Wahlgesetz die Wählerlisten acht Tage lang zu Jedermanns Einsicht offen liegen müssen, möge während dieser Tage von Morgens bis Abends ohne Unterbrechung, auch in den Mittagsstunden, geöffnet sein. Die überwachenden Personen haben nicht das Recht, Jemanden das Nachsehen für andere Personen zu verbieten.“

Entzieht sich der Magistrat der Erfüllung der in diesem Antrage ausgesprochenen Wünsche, so ist damit unserer Agitation ein neuer belangreicher Angriffspunkt gegeben.

— Nach einer Haft von 4 Monaten und 10 Tagen aus dem Zellengefängniß zu Nürnberg entlassen, kam Parteigenosse Oehme am 30. November in München an. Briefe können, wie die von Oehme gemachten Erfahrungen beweisen, von humanen Gefängnißverhältnissen den Gefangenen wochenlang vorenthalten werden. Eine neue Ueberraschung wurde Oehme seitens des kgl. Bezirksgerichts bereitet, welches, ohne irgend in Vernehmen mit ihm zu treten, eine Geldstrafe von 30 Mark kurzer Hand in Arreststrafe umwandelte und ihm diese Maßregel erst am Vorabend seiner Entlassung mittheilte.

— Uns wird aus Leipzig geschrieben, daß Parteigenosse Klute am 29. d. nach 26tägiger Untersuchungshaft entlassen wurde. Ohne daß seitens des Reichsanwalter's Strafanzug gestellt wurde, ohne jeglichen ersichtlichen Grund fand diese Freiheitsentziehung statt.

— Freigefolgungen. Die „Bergisch-Märkische Volksstimme“ vom 30. November schreibt:

„Am heutigen Tage stand der Redakteur der „Berg-Märk. Volksstimme“ Herr Carl Grünwald vor den Schranken des Justizpolizeigerichts zu Elberfeld. Zwei Anklagen waren wider ihn erhoben und zwar erstens wegen Beleidigung des Reichsanwalter's Biemarck, zweitens wegen Beleidigung des Lehrers Köhler

Arbeitsquellen der Gegenwart und Zukunft.

(Aus der „Kölnischen Zeitung“.)

Wenn die Dichter von goldenen Sonnenstrahlen sprechen, so denken wir gewöhnlich an den glänzenden Schimmer, den die purpurschleudenden Abendlichter auf Bergspitzen, auf Wäldern und auf der menschen kümmerliche Wohnungen werfen. Aber das Wort hat auch einen andern, materielleren Sinn, die Sonnenstrahlen haben auch volkswirtschaftlich eine „goldene“ Bedeutung.

Man jagt noch zu wenig, wenn man das Licht des herrschenden Westrines bloß mit dem Gold, dem Symbol des Vermögens, der angesammelten Arbeit, in Beziehung setzt. Es ist Alles für uns nicht bloß Besitz, sondern Grundbedingung unseres ganzen Daseins. Denn das Sonnenlicht schafft die Pflanzen; aus ihm entnehmen die unscheinbaren grünen Körnerchen, denen die Blätter ihre Farbe verdanken, die Kraft, die Kohlenhydrate der Luft zu zerlegen und Nahrungstoffe, Stärkemehl, Zucker, Jellen, Holz, im Weiteren auch Wälder und Früchte zu bauen. Von den Pflanzen lebt die Thierwelt und wir mit ihr. Ohne die Sonne keine Pflanzen, ohne Pflanzen keine Thiere.

Das Sonnenlicht ist aber nicht bloß das Agens, aus dem wir unser Dasein überhaupt schöpfen, es liefert uns auch fast ausschließlich die Arbeitskraft, deren Verwendung das Geriehe unsers civilisirten Lebens möglich macht; und mit der Arbeitskraft liefert es die Arbeit, d. h. das Geld. All unsere materielle Arbeit beruht auf Erzeugung zweckmäßiger Bewegungen. In primitiven Zuständen benutzt der Mensch nur seine eigenen Muskeln, um diese Bewegungen hervorzuufen; beim Fortschritt der Cultur nimmt er die Thiere zu Hilfe, dann macht er sich durch Maschinen die unorganischen Kräfte nutzbar: Wind, Wasserfälle, Feuer in den Dampfmaschinen u. A. Unsere Civilisation strebt mehr und mehr dahin, alle rohe Kraft aus solchen unorganischen Quellen zu entnehmen; der intelligenten Kraft des Menschen wird dann die Aufgabe zugewiesen, jene rohen Kräfte künstlerisch zu regeln, so daß sie seinen Zwecken dienlich werden. Woher aber beziehen wir jenes Rohmaterial der Arbeitskraft? Fast ausnahmslos von der Sonne.

Wir entnehmen es entweder aus Bewegungen, die an der Erdoberfläche vorhanden sind, oder aus chemischen Processen, zu

sind die wichtigsten der Wind und die Strömung des Wassers; der Wind wird durch die Sonnenwärme erzeugt, welche die Luftschichten ungleichmäßig erhitzt und somit Gleichgewichtstörungen in ihnen hervorruft. Das Wasser wird von der Sonne zum Verdunsten gebracht, in Dampfform über Berg und Thal vertheilt, bildet Wolken, fällt als Regen oder Schnee nieder, sammelt sich zu Quellen und Bächen und liefert beim weiteren Herabfließen einen Theil der Triebkraft, welche das Menschengeschlecht in seine Tüthen fällt. Es fließt, weil es gehoben war, und wer hat es gehoben? Die Sonne. Von den chemischen Processen, von denen wir einen andern Theil jener Triebkraft entnehmen, ist heut zu Tage nur einer wichtig: die Verbrennung der Materialien, vor Allem der Steinkohle, mit denen wir unsere Dampfmaschinen treiben. Die Brennstoffe sind bekanntlich lebende oder fossile Pflanzen, also lebende oder fossile Arbeitsprodukte des Sonnenlichts.

Außer den Leistungen der Sonne haben wir noch zwei Arbeitsquellen von großer Ergiebigkeit an der Erdoberfläche: einerseits Ebbe und Fluth, andererseits die vulkanischen Erscheinungen. Erstere verdanken ihren Ursprung der Drehung der Erde unter dem Einflusse der Mondanziehung; letztere beruhen auf wenig bekannten Thätigkeiten im Innern des Erdkörpers.

Wenn man nun Jemanden die Aufgabe stellte, a priori festzusetzen, welche Bedingungen eine Arbeitsquelle erfüllen muß, um für uns in großem Maßstabe nutzbar zu sein, so würde er unzweifelhaft antworten: Sie muß erstens ergiebig, zweitens bequem transportabel sein. Sehen wir uns nun die oben genannten Formen der für uns disponiblen Arbeit an, direkte Sonnenwärme, Wind, Falldes Wassers, Ebbe und Fluth, Vulcane, Steinkohlen, so bemerken wir sofort, daß sie sammt und sonders die Eigenschaften der Ergiebigkeit im reichsten Maße besitzen. Von der Sonnenwärme wird weiter unten noch die Rede sein; den Wind angeht, so würde ein einziger Sturmstrom man ihn einfangen könnte, genügen, um Monate, vielleicht Jahre lang, alle Maschinen der Erde zu treiben; der Niagarafall allein vermag eine Arbeitskraft, welche, wie man berechnet hat, beträgt vierzigmal hinreichend könnte, um die Maschinen des industriellen England in Gang zu erhalten; Ebbe und Fluth heben täglich colossale Wassermengen an unsere Küsten empor und

kannt genug, um den Himmels auf ihre ungeheuren Leistungen unnötig zu machen; wie reich endlich die Steinkohlenlager sind und welche Rolle sie in unserer Thätigkeit spielen, weiß Jeder.

Anderer aber verhält es sich mit den übrigen Bedingungen. Eine Kraftquelle, die für uns technische Bedeutung haben soll, muß regelmäßig wirken und der Nützigkeit fähig sein. Je mehr sie diese Eigenschaften besitzt, desto leichter und sicherer kann man die Apparate konstruiren, welche sie uns dienlich machen. Einen Vulkan als Vorspann für eine Mühle zu benutzen, wird nie möglich sein. Die Bewegungen des Meeres sind auch zu vielen und zu großen Störungen unterworfen, als daß sie, bis jetzt wenigstens, im Großen nützlich für die Technik geworden wären. Der Wind dagegen ist in Ländern mit ruhigem Klima zu verwenden, wenn auch mit manchen Nachtheilen. Berthvoller schon ist das Wasser, weil es in manchen Canälen mit großer Regelmäßigkeit fließt. Aber seinen Leistungen fehlt noch die letzte Bedingung vollkommener Brauchbarkeit, sie sind nicht transportabel; die Wassermühle muß da arbeiten, wo die Natur eine Gelegenheit für sie angewiesen hat; eine Mühle seitwärts, und die Erfindung des schönen Wades ist ohne Bedeutung.

Alle Bedingungen der Nutzbarkeit vereinigt nur eine Klasse von Kraftquellen, die der Brennstoffe. Sie lassen sich in beliebig abgemessenen Mengen zu jeder Zeit und an jeder wünschenswerthen Stelle verwenden; daher ihre Stellung als Hauptmittel der modernen Industrie. Dazu kommt noch, daß die Hitze, welche sie liefern, nicht bloß wie bei der Dampferzeugung zu grob mechanischen Effecten, sondern auch zu feineren Processen z. B. zur Darstellung der Metalle benutzt werden kann.

So hängen denn neun Zehntel unserer Industrie von den Brennstoffen ab, und unter diesen sind es bekanntlich die fossilen, welche die wichtigste Rolle spielen. Was die Erde von Jahr zu Jahr an lebendem Brennholz erzeugt, reicht jetzt schon für den Maschinenbetrieb nicht aus, und es nimmt jährlich ab. Je weiter die Civilisation fortgeschritten, desto mehr schenkt sie sich, die werthvollen organischen Gebilde bloß durch rohe Verbrennung nutzbar zu machen. Sie wirt sich zu Holzweiden immer ausschließlich auf Abfälle, Torf, Braunkohlen, Petroleum und namentlich auf die Steinkohlen. Die bekanntesten Lager von Torf, Braunkohlen und Petroleum sind aber vöthlichmäßig nicht sehr

zu Varmen. Gegen die Anklage, den Reichskanzler Bismarck beleidigt zu haben, verteidigte sich der Angeklagte dahin, daß er ankühre, der Einsender des angeklagten Artikels habe ausdrücklich vor der Aufnahme erklärt, die volle Verantwortung zu übernehmen. Der Vertreter des öffentlichen Ministeriums führte aus, daß der verantwortliche Redakteur die Strafe treffe, weil er die Person sei, welche den strafbaren Artikel in die Öffentlichkeit gebracht und der Verfasser nur als Teilnehmer bestraft werden könne. Hierauf zog sich der Gerichtshof zur Berathung zurück und verurtheilte Grünwald nach § 185 und 186 des Strafgesetzbuches zu drei Monaten Gefängnis und in die Kosten.

Ueber den Kähler'schen Prozeß können wir Näheres nicht mittheilen, da wir während der Verhandlung im Gerichtssaal nicht anwesend sein konnten. Das Urtheil lautete wegen Beleidigung des Lehrers Kähler gegen Grünwald auf einen Monat Gefängnis und Tragung der Kosten.

— Wegen eines in Nr. 124 des „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ enthaltenen Artikels „Ein Dieb, den bessern Ständen angehörend, dem eine feinere Behandlung zu Theil wurde“, zur Verantwortung gezogen, lehnte der Redakteur des Blattes, Kuderf, ab, den Verfasser zu nennen. Wegen angeblicher Beleidigung des Staatsanwalts in dem betr. Artikel in Klagestand versetzt, wurde gegen Kuderf außer der Verurteilung in die Kosten auf 14 Tage Gefängnis erkannt, während der Antrag des Staatsanwalts auf 3 Wochen gelautet hatte.

— Das Glauchauer Gericht thut, als ob es gegen die „Glauchauer Nachrichten“ einen Konkretprozess in Scene setzen wollte. In einer Klagesache gegen den verantwortlichen Redakteur wurde das gesammte Redaktions-, Expeditions- und Seherpersonal mit Vorladungen vor das Gerichtsammt gefordert. Es kreichen die Berge — —.

— In Stettin erscheint seit dem 26. November ein neues sozialistisches Organ, die „Stettiner Freie Zeitung“, verantwortlich redigirt vom Genossen Zielowsky. Wir wünschen besten Erfolg.

Correspondenzen.

Aus der Schweiz, 29. November. (Fort.) Die ständeräthliche Fabrikgesetz-Commission hatte der Beschluß des Nationalraths über die Sicherheitsmaßregeln in den Fabriken wesentlich umgestaltet und die Bestimmungen gestrichelt, welche die Fabrikanten für Gesundheitschädigungen und Todesfälle verantwortlich machte, die sich auf gesundheitschädliche Industrien zurückführen lassen. Im Allgemeinen äußert er sich über die hygienischen und Sicherheitsvorschriften folgendermaßen:

Dieses Gebiet, welches das Gesetz in allgemeinen aber umfassenden Ausdrücken der Obforge des Bundes überträgt, scheint uns von der allerhöchsten Wichtigkeit. Nicht nur ist die Competenz hierfür in klaren Worten in Art. 34 der Bundesverfassung gegeben, sondern auch nach allgemein anerkannten staatlichen Grundsätzen, nach dem allgemeinen Polizeirecht und der öffentlichen Gesundheitspflege handelt es sich unzweifelhaft hier einerseits um die Erfüllung einer ersten Pflicht des Staates gegenüber dem gesammten Arbeiterstande, der sich der Fabrikarbeit unterzieht (!), und andererseits um Anlässe von Pflichten und Obliegenheiten an den Fabrikanten, welche Rechts- und Billigkeitsgefühl demselben in der That und Wahrheit zuweisen. Der Arbeiter überantwortet sich in diesen Beziehungen den Einrichtungen und Kräften der Technik und Mechanik der betreffenden Unternehmung, und die letztere ist doch wohl pflichtig, das Mögliche zu leisten, daß diese Abhängigkeit von den umgebenden lokalen und technischen Verhältnissen der Gesundheit wie der Sicherheit der Arbeiter möglichst wenig Eintrag thue. Dieses Gebiet ist von der größten Bedeutung für das Wohl des Arbeiterstandes, und die gewissenhafte Sorge des Fabrikanten nach dieser Richtung bedingt auch wesentlich das allgemeine Urtheil über die Wohlthat und den Nutzen seines Gewerbetriebes. Die Einwendungen dagegen sind der Commission als unbegründet erschienen und sie hält an den aufgenommenen Bestimmungen einmüthig fest. Handelt es sich vorerst nur um Fabriken, welche mit Stoffen sich abgeben, die der Gesundheit gänzlich unschädlich sind, so ist schon da die Obforge für gehörige Räumlichkeiten, für Ventilation, Lüftung u. s. w., für die Krankheitsverhütung aus Fabrikarbeit von größter Wichtigkeit. Es ist dies, wie die treffliche Eingabe eines Arztes von Baden sagt: „die Correctur der durch Arbeitsraum und Arbeitsrichtung bedingte Gesundheitschädigung“. Er nennt dies geradezu den Kernpunkt der Fabrikgesetzgebung und behauptet, der schädlich wirkende Faktor auf die Gesundheit in weitaus der Mehrtheit der Fabrikationszweige liege in dem Mangel an gesunder Luft innerhalb des Arbeitslokals.

einmal zu Ende gehen. Bestimmten rechnen heraus, daß, wenn die Industrie so fortschreitet, wie seit hundert Jahren, in vier oder fünf Jahrhunderten die bekannten Kohlenlager erschöpft sein und die unbekannteren ihren Inhalt jedenfalls zu enormen Preisen liefern werden. Wir wollen uns nicht auf diese Rechnungen einlassen, weil sie zu viel Hypothese enthalten; wir können uns aber der Erkenntniß nicht verschließen, daß die natürlichen, kohlenhaltigen Brennstoffe für irgend eine Generation unserer Enkel nicht mehr das sein werden, was sie für uns sind, die billige, überall zu holende Grundquelle der Wärme und mechanischen Kraft. (Schluß folgt.)

— Ein „Samariter“. In Gera besteht seit Jahresfrist ein sogenannter Samaritanerbund, zu dessen Zwecken auch die Krankenpflege gehört. Der letztere verunglückte nun in dem Fabrikabstamm eines dieser Samariter, eine junge Fabrikarbeiterin von 17 Jahren, indem sie in der Appreturanstalt in die Sperrmaschine kam, welche ihr die rechte Hand zerstückte, so daß der Armen drei Finger von einem Chirurgen abgetrennt werden mußten. Dies geschah Vormittags zwischen 10—12 Uhr. Nach der Amputation der Finger hatte der Chirurg dem Mädchen etwas Ruhe und Schlaf empfohlen. Diesen Schlaf fand die Arme nicht etwa in einem Privatzimmer des Fabrikbesizers auf einem Bette oder Sopha, sondern auf einer hölzernen Tafel neben dem sogenannten Rasender in den Fabrikräumen. Die Unterbringung in das städtische Krankenhaus fand erst gegen 4 Uhr Nachmittags statt. Da sich dahin blieb das verwundete Mädchen in den Fabrikräumen, und da sie zu schwach und angegriffen war, um den ziemlich weiten Weg von der Fabrik in's Krankenhaus zu Fuß zurückzulegen, so ließ sie der Fabrikherr nicht etwa in einem seiner Wagen dahin fahren, sondern sie mußte sich in einem sog. Stroh- oder Krankenford dahin tragen lassen. Doch wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß ihr der Fabrikbesizer auf wiederholtes Bitten reif. Ansuchen der Arbeiter ein Glas Wein zur Stärkung verabfolgt ließ.

Als mehr die „Volkszeitung“. Hauptsächlich wird die verunglückte Arbeiterin mit dem „Samariter“ auf Grund des Fabrikgesetzes noch ein Wortchen zu reden haben.

Nun kommen hierzu alle Gewerbe, welche die Arbeiter mit Behandlung gesundheitschädlicher Stoffe beschäftigen und rechtzeitig das große Gebiet der sogenannten „Gewerbestankungen“ bedingen, durch Einathmung von schädlichem Staub, von schädlichen Dämpfen und Gasen. Leider ist es nicht möglich, die Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft und ihre große Culturarbeit von solchen Gefahren ganz frei zu halten. Man bedarf durchaus eines Großtheils dieser Produkte, welche nicht ohne Gesundheitsgefahr hergestellt werden können. Aber der weitaus größte Schaden in allen diesen Zweigen entsteht doch durch Vernachlässigung der Vorsichtsmaßregeln, durch Vernachlässigung der technischen Mittel für Entfernung der schädlichen Dünste, Gase und des Staubes, Vernachlässigung der Reinlichkeit u. s. w. — Technik und Naturwissenschaften geben große, oft ansehnliche Hilfsmittel an die Hand, diese gesundheitschädlichen Wirkungen ganz zu beseitigen oder doch auf ein geringes Maß zu beschränken.

Auch der Art. 3 (vorgängige Planvorlagen für neue Fabrikgebäude) ist durchaus nöthig. Wenn schlechte Einrichtungen, ungenügende Räume einmal erstellt sind, wenn für Lüftung u. dgl. nicht von vornherein gesorgt ist, so ist später schwer zu helfen und zu verbessern, während beim Neubau besser vorgeesehen werden kann. Es ist selbstverständlich, daß sich diese Controle nur mit der Gesundheitsfrage und mit nichts Anderem (etwa Stilltagen) zu beschäftigen hat. Diese staatliche Kontrolle jedoch im Interesse der Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter kann den Fabrikanten nicht erspart bleiben. Die Billigdenkenden werden und müssen dies zuverlässig selbst einsehen und begreifen. Es ist dies ein Theil der Fabrikgesetzgebung, in Bezug auf welchen die europäischen Großstaaten, namentlich England, Frankreich und Deutschland, uns längst vorangegangen sind.

Wir machen an dieser Stelle nur daran anmerksam, daß sich das, was die Commission bei den gesundheitschädlichen Gewerben anführt, auch auf die meisten Arbeiter in offenen Räumen anwenden läßt. — Die Fabrikinspektoren werden mit bedeutenden Kenntnissen ausgerüstet sein müssen, sollen sie ihrer Aufgabe gewachsen sein. Nur berartige Inspektoren können mit dem Wegfall der Haftpflicht der Fabrikanten bei „Gewerbestankungen“ einigermassen verfahren. (Schluß folgt.)

Paris, 21. November. (Dem „Bulletin der Föderation Internationale“ entnommen.) Die Ankunft des Winters führt alljährlich mit der schlechten Witterung die Aussicht auf Arbeitslosigkeit und Elend für die arbeitende Klasse mit sich, und gerade in den großen Städten, wo ungeheure Reichthümer aufgespeichert sind, Früchte des Fleißes der Arbeiter, sind die Erzeuger dieser Reichthümer am schlechtesten bedacht. Man sehe dieses große Paris mit seinen wahren Bergen von Kleidungsstücken, die auf ihre Käufer harren, und welche Tausende von Sansculotten (ohne Hosen im traurigsten Sinne dieses als Spottname für das Proletariat erdachten Wortes) mit Leid betrachten. — Sansculotten, sagen wir, denn man kann die Lumpen, die diese verhungerte Bevölkerung trägt, nicht Hosen nennen; dieses Paris mit seinen gefüllten Weinkellern, und daneben ein guter Theil seiner Bewohner, sich in Jüngerreihen bei den Balace-Brünnen; dieses Paris, welches froht von Allem, was die Arbeit hervorbringt, von den Gegenständen der äußersten Nothdurft bis zu denen des Luxus — und die ungeheure Mehrheit der Erzeuger dieser Dinge senkt im tiefsten Elend!

In Paris giebt es 120,000 blutarme Menschen, welche in den Wohlthätigkeits-Bureaus eingeschrieben sind, und ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß man eine dreimal so bedeutende Zahl finden würde, wenn man Alle zusammenrechnen wollte, die thatsächlich unter dem Hunger, der Kälte und dem Arbeitsmangel leiden.

Für Jedermann, der menschlich fühlt, ist es herzzerreißend, zu sehen, wie weit und breit an den luxuriösen Palästen arbeitslose Handwerker vorüberziehen und den Vorbeigehenden die Hand entgegenstrecken. Alle Morgen kann man auf dem Grève-Platz zwischen der Napoleon-Kaserne und der Kaserne Lebau traurigen Anblicks 2—3000 Maler aufgestellt sehen, welche darauf warten, daß man sie in Dienste nehme; hinter diesem Plage vor der St.-Gervais-Kirche sind die Maurer in gleicher Zahl; ein Stück weiter befinden sich die Erdarbeiter. Vor der Expedition des „Petit Journal d'Annonces“ (Kleines Annoncen-Tageblatt) haben wir die Bataillon der Handlungsdiener, welche zu Hunderten und Tausenden zugewiese anrufen, um das Tagesblatt zu kaufen, in der Hoffnung, darin für sich eine Arbeitsanzeige zu finden. Kurz, alle Gewerbe von Paris sind in der nämlichen Lage, dergestalt, daß die Municipalvorsteher ein menschliches Mitleid fühlen; wenigstens nehme ich dies an auf Grund folgenden Anblickes, welchen ich gesehen habe:

„Bürger! Abgeordnete der Mairie (Bürgermeisterei) werden von Haus zu Haus herumgehen, um zu Gunsten der Armen unseres Bezirkes zu sammeln. Es genügt kaum, wenn wir die Summe unserer Nothleidenden auf eine Zahl von 15,000 angeben (nur für diesen einen Bezirk), von denen 10,000 in diesem Elend sind; es giebt 6000 Kranke und 2000 Wöchnerinnen. Gebt Jeder edelmüthig an Geld und Naturalien, was er irgend vermag!“

Dies ist unterzeichnet vom Bürgermeister, seinen Beisitzenden, Sekretären und den Mitgliedern des Municipalrathes des ersten Bezirkes.

Zu diesem schon genugsam traurigen Bilde füge man noch die zahlreichen Fallissements, welche über die Geschäftsleute von Paris hereinbrechen. Das Handelsgericht hat in seiner Sitzung vom 7. November vierzig Insolvenzanzeigen verurtheilt; wenn wir diejenigen hinzuzählen, welche noch von jetzt ab bis Ende des Jahres ausbrechen werden, und diejenigen, welche, ohne erklärt zu sein, in einem Abkommen mit den Gläubigern und im Ruin des Geschäftsmannes ihren Abschluß finden, erhält man eine entsetzlich hohe Zahl, wie sie zweifelsohne die prüfungsschwersten Jahre nicht aufzuweisen hatten. Die Politiker sprechen mit Schrecken von dem Kriege, welcher im Orient auszubrechen droht, und von der Möglichkeit, Rußland sich am Vordrücken festzusetzen und so der abendländischen Industrie wichtige Waarenabgabengebiete verschließen zu sehen, — wie wenn es für das Heil Frankreichs unumgänglich nöthig wäre, seine Produkte weit fortzuschaffen, um sie in Asien verbrauchen zu lassen, — während in Paris allein 400,000 Wagen nach Verbrauchsgegenständen schreien, die man ihnen verweigert, und 800,000 Arme sich anbieten, um die gleiche Menge von Produkten wieder zu erzeugen, die sie verzehren.

— Crimmitschau, 24. Nov. In unserem 18. Wahlkreise ist die Wahlbewegung jetzt im flotten Gange. Es werden überall, auch in den kleinsten Dörfern, Versammlungen abgehalten; eine Ausnahme machen nur diejenigen Dörfer, wo uns die Wirthe ihre Lokale nicht zur Verfügung stellen; deren sind bereits im Crimmitschauer Gerichtsbezirk drei, doch sind dies mitenthaltens Dörfer, wo nur Großbauern wohnen und wo wir auch

willkommen geheißen. Was die Aussicht betrifft, ob unser Abgeordneter Motteler wiedergewählt wird, so können wir ruhig der Zukunft entgegensehen, obgleich uns bereits angedeutet worden ist, daß ein hiesiger „Rechtsanwalt“ mit Verleumdungen, Verdächtigungen und Verbrechungen gegen unseren Motteler die Wahlgeschlacht führen will; wir sind zwar dies von jener Seite gewohnt, denn der „Rechtsanwalt“ hat schon mehrere solche Kunststücke verübt, bei der letzten Reichstagswahl trat er mit der Unterschrift „Ein alter 48er Demokrat“ und bei der am 22. d. stattgefundenen Stadivorderordnetenwahl als „Ein alter Bürger“ auf. Doch wir müssen auf der Hut sein, denn diesmal sollen bereits Tausende von Thalern zum Druck von Flugblättern, die einestheils der liberale Candidat selbst, andertheils dessen Freunde gegeben haben, vorhanden sein. Dennoch bekämen wir einen harten Wahlkampf und es heißt da: „Auf zur Wahl, Mann für Mann für Motteler eingetreten und für denselben Stimmen geworben.“ Einen kleinen Beweis, wie die Gegner hier auftreten, will ich zum Besten geben: Motteler war jetzt eine Zeit lang krank, da hatten die Gegner nichts Eiligeres zu thun, als auszusparen, Motteler würde doch einmal nicht wieder gesund und deshalb wäre es unnütz, denselben die Stimme wieder zu geben, und um Stimmenzerpflünderung zu vermeiden, sollte Jeder seine Stimme „Herrn Vanquier Händel“ geben. Ob die Herren so ein schwaches Gedächtniß besitzen, um nicht mehr zu wissen, daß ein sozialistischer Abgeordneter oder Candidat selbst vor das Volk tritt und seinen Wählern Rechenschaft giebt? Nun sie mögen sich freuen, die Herren Gegner, so viel wie sie wollen, aber täuschen mögen sie sich nicht, daß Motteler in einigen Wochen kommt und den Wählern Rechenschaft über seine Thätigkeit in dem Reichstag giebt. — Was die Stadivorderordnetenwahl anlangt, so haben wir den Sieg davon getragen, denn von den von uns aufgestellten 8 Candidaten sind 6 gewählt worden, von den 2 übrigen hatte der eine Candidat nur einige Stimmen weniger als der Gegner, der andere Candidat wurde hinter seinem Rücken zum Spitzhaken gestempelt und warum? weil er Fabrikarbeiter, weil er Spinner war, und das wäre ja die größte Schande für eine Stadt, wenn sie einen Spinner als Stadivorderordneten bestäte. Sogar einige, sich gern als eifrige Sozialisten gebende Leute haben sich nicht scheut, gegen jenen Mann zu agitiren, ja sogar öffentlich, durch eine Annonce im gegnerischen Blatt, worin aufgefordert wurde, dem 8. Candidaten die Stimme nicht zu geben. Der Himmel behüte uns vor unsern Freunden, unsern Feinden sind wir gewachsen.

Klingenthal i. B. Sonnabend, den 18. November, tagte hier eine von circa 300 Personen besuchte Volksversammlung, in welcher der Reichstags-Candidat, Redakteur Reiffers aus Bremen, einen Vortrag hielt. Redner behandelte in zweifachdiger, ausgezeichnete Rede die Tagesordnung: „Die politischen und volkswirtschaftlichen Zustände Deutschlands und die nächsten Reichstagswahlen.“ Herr Reiffers führte ferner aus, mit welchen Mitteln die Gegner die Sozialdemokratie zu verdächtigen suchen. Redner sprach klar und deutlich und zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden; dies bewies, der zu wiederholten Malen geäußerte Beifall der Versammlung. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Herrn Reiffers vollständig einverstanden und verpricht, für dessen Wahl zum Reichstagsabgeordneten für den 23. sächsischen Wahlkreis einzutreten und mit vollen Kräften zu wirken.“ Bei der hierzu erforderlich gewordenen Abstimmung enthielten sich die Gegner der Stimmen; daß dieselben vertreten waren, konnte man deutlich an dem fortwährenden Gemurmel während des Vortrags des Referenten vernehmen. Die Arbeiter aber hörten mit voller Aufmerksamkeit und anständiger Ruhe dem Vortragenden zu; ein halb Duzend gebildete, zu den Honoratioren von Klingenthal sich zählende Herren waren nicht im Stande, Ruhe zu halten, sie mußten von den Arbeitern zur Ruhe gerufen werden. Ein anscheinend junger Mann, dessen Namen wir vorläufig nicht nennen wollen, der sich jedoch ebenfalls zu den Bessergestellten und Bessergebildeten rechnen möchte, benahm sich als ein „gebildeter Hiesel“; er glaubte seinem rohen Benehmen die Krone dadurch aufsetzen zu müssen, daß er auffallend oft den Salon verließ und allemal wiederkehrte, um beim Aus- und Eingang die Thür recht „anhauen“ zu können, sowie den Stuhl, auf welchen er sich placirt hatte, recht oft hin- und herzurücken. Es ist dies nichts Neues mehr, derartige Vorkommnisse gehören zu der Moral der heutigen Gesellschaft. — Als am Schluß des Referats die Gegner angefordert wurden, sich zum Worte zu melden, antworteten sie, es sei zu spät! Nun, wir hoffen, daß es den Gegnern auch bei den Wahlen so ergeht, daß sie zu spät kommen, nachdem unser Candidat aus der Wahlurne hervorgegangen ist.

Yforzheim, 18. November. Am Dienstag, den 14. November, fand hier in der Reuz'schen Glasfabrik eine allgemeine Wählerversammlung statt, die sehr zahlreich besucht war. Als Referenten waren aufgestellt die Herren Leininger und Dreesbach. Nachdem das Bureau, bestehend aus den Herrn Belzner, Erber und Lehmann, gewählt war, erhielt Herr Leininger das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Liberalismus und Sozialdemokratie.“ In scharfen Zügen zeichnete der Redner die Charakteristika des heutigen politischen Liberalismus, der sich bei der bevorstehenden Wahlperiode in seiner Rathlosigkeit unter das Banner der Reaktion flüchten müsse. Er wies an der Hand der Ereignisse selbst die Verlogenheit des Liberalismus, hauptsächlich die Verlogenheit desselben in den letzten 6 Jahren nach, während welcher er das Volk zu täuschen verstand. Nun liege derselbe als offenes Buch vor uns, woraus wir ersehen, daß es hauptsächlich der Liberalismus war, der das Brändertum seine höchsten Siege feiern ließ, durch den der Gott Mammon auf den Thron erhoben wurde. Die Pfaffenfeindlichkeit habe man nur als Täuschungsmittel benützt. Die Liberalen begreifen recht wohl, daß, wenn der Geist der Wissenschaft alle Massen des Volkes durchdringt, das heutige liberale Staatsprinzip das Bündel schnüren muß, nach welchem, wie Hölder sagte: „Der Krieg der höchste Staatszweck ist“ und wir in steter Unsicherheit leben, immer „Krieg in Sicht“ haben. Der politische Liberalismus hat uns ein Volk in Waffen, ein Volk in Thränen geschaffen und dem Absolutismus Thür und Thor geöffnet. Redner ging nun über zum wirtschaftlichen Liberalismus und wies an der von demselben geschaffenen Produktionsweise nach, daß derselbe nothgedrungen zum Socialismus führen müsse. Nachdem der Redner unter lebhaftem Beifall geendet, erhielt Herr Dreesbach das Wort zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „die Reichstagswahl.“ Obgleich seine Stimme sehr angegriffen war, führte er seinen Vortrag meisterhaft durch. Er führte an, daß es nothwendig sei, nachdem die zweite Legislaturperiode zu Ende geht, zu unteruchen, ob die bisher gewählten Reichstagsmitglieder ihr Versprechen gehalten haben. Als vor 6 Jahren noch unter dem Donner der Kanonen die Reichstagswahlen stattfanden, da glaubte das Volk allgemein, in Folge der sogenannten glorreichen Siege eine neue Ära des

Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages und der Landtage von 1874-1876. Verleuchtet von A. Bebel. — In der Zeit der Vorbereitung zu den Neuwahlen für den Reichstag kann kein Thema geeigneter sein, Klarheit und Licht zu geben für das, was uns Noth thut, als eine unbefangene Beurtheilung und Unterfuchung, was für Urtheile von diesem „heiligen Schourgericht der Nation“ in der Zusammenlegung der letzten Gesetzgebungsperiode ausgesprochen worden sind. Da finden wir in dem Schriftchen Bebel's vor allem die Haltung der Majorität in den Fragen des Militarismus, in den verschiedensten Geldbewilligungsakten überhaupt charakteristisch gekennzeichnet. Die Erkenntnis des Rechts fehlte ja den Herren Gegnern nicht; aber das ist eben die herbe Strafe der gesinnungslosen Liebedienerei gegen leitende Staatsmänner, daß diese Knechtsgeelen den Prozeß der Entmannung an sich selbst vornehmen und sich in selbstgegrabene Gruben stürzen! Unser Freund führt uns nun bei Gelegenheit der einzelnen Gesetze diese Faustschläge, welche unsere sogenannten Liberalen ihrem ursprünglichen Programm und jeder gesunden Ueberzeugung in's Gesicht versetzen, vor und trägt dadurch ungemein viel bei zu einer richtigen und wahren Beurtheilung der liberalen Volksvertreter. An der Entwicklung des Kulturkampfes zeigt uns der Verfasser, wie deren providentielle Staatsmänner Gesetze loslassen, aber deren nothwendige Folgen sie dann die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen, und Codizille und Nachträge anhängen, die dann in direktem Widerspruch mit dem Hauptgesetz stehen — eine Erscheinung, von der selbst Herr Lasker sagen muß: „Im Bismarck'schen Rechtsstaat giebt es eben Dinge, von denen sich unsere Schulweisheit nichts träumen läßt.“ Die in die Augen springendsten Punkte aber sind die mit fataler Deutlichkeit angestellten Zahlenangaben über die durch „ideale“, d. h. indirekte Steuern aufgehobenen und in Zukunft in noch höherem Grade aufzubringenden Summen. — In der That, ein eherner Mahnruf an das Volk, Männer des Volke, die für dasselbe fühlen, reden und handeln, in den Reichstag zu schicken. Geh hinaus in die deutschen Lande, du kleines Büchlein, und thue deine Schuldigkeit: bringe Licht in die Massen und sporne sie an zu entschiedenem Handeln.

Druckfehler-Berichtigung.

Auf Seite 40, 2. Zeile von unten, muß es heißen anstatt 2 R. 22 Pf.: 3 R. 33 Pf.]

Die Verzweiflung im liberalen Lager. Antwort auf die 7 Artikel der Magdeburgerischen Zeitung und die Schmähschrift des Herrn von Unruh. Von Wilhelm Brade. — Man hält es bei den Gegnern nicht nur „der Mühe werth“, den Sozialismus in's Auge zu fassen, sondern man hat schon Furcht vor seinen wahren Grundzügen und ihrer scharfen, consequenten Durchführung! Denn der ganze Scheinliberalismus, der aus gesprochener und gedruckter Phrase besteht, giebt sich selbst mit seinen „Widerlegungen“ allemal ein Testimonium paupertatis, ein Armutzeugniß. Die Brade'sche Schmähschrift und Trugschrift hat es nun mit zwei solchen „Confutationes“, „Pershmetterungsschriften“, zu thun, deren erstere aus sieben Artikeln der „Magdeburger Zeitung“ besteht. Unkenntniß der elementarsten volkswirtschaftlichen Wahrheiten, Unkenntniß der Lehren des Sozialismus und seiner Ziele können natürlich nichts anderes als derartige Mißgebirten erzeugen. Dazu kommt nun noch der häßliche böse Wille, der diese Kindlein als Parze aus der Taufe zu heben pflegt, und die Armut der Unfähigkeit zur wissenschaftlichen Widerlegung, die sie dann der erstaunten Mittelwelt präsentiert. Wessen Geschmack und klarer Blick nun noch nicht ganz verderbt und unnebelt ist, der muß sich freilich enttäuscht abwenden von solch einem Wechselbalg.

Von den meisten Urtheilen des Verfassers der sieben Artikel wird freilich jeder klarschende und klardenkende Leser, selbst wenn er der bestigste Gegner unserer Bestrebungen ist, mit Göthe's Faust sagen müssen:

„War' der Gedanke nicht verwünscht geachtet (d. h. „opportun“, klug erlogen, um zu täuschen).

Man war' versucht, ihn derzlichen — dumme zu nennen!“ In dem zweiten Theile seines Schriftchens wendet sich Brade gegen — Herrn von Unruh. Diesen Ritter von der traurigen Gestalt haben bekanntlich die Vorbeeren anderer „Vorkämpfer“ des Liberalismus nicht schlafen lassen und er hat die ritterlichen Waffen angelegt und zu gewichtigen — Lustriehen benutzt. Der fünfjährige Gründer ist auch einjähriger Gründling genug, zu glauben, vermöge einiger absichtlicher Textfälschungen und etlicher trivialer Gemeinplätze, ferner durch Entwidlung seiner eigenen verkehrten Vorstellungen vom sozialistischen Staate, die er uns imputirt (in die Schuhe schiebt), die Partei in die Luft sprengen zu können. Der „Vorwärts“ hat seiner Zeit den „edeln Herrn“ schon abgethan, aber wir empfehlen unseren Freunden und — Gegnern, auch zu hören, wie Brade den Herrn von Unruh — zur Ruhe bringt.

Beide Schriften, die „Sieben Artikel“ und die „Unruhigen Lusthiebe“, beweisen allerdings, daß man solche unbedeunende Wahrheiten, wie sie unsere Partei auf den öffentlichen Markt wirft, viel Kopfzerbrechen, ja helle Verzweiflung im Lager des Pseudo-liberalismus, des Scheinliberalismus hervorbringen können. Diese Wahrnehmung nun ist uns und wohl allen Denkenden ein Beweis für die Richtigkeit unserer Anschauungen. Wt.

An die Wähler und Parteigenossen des 8. hannoverschen Wahlkreises.

Jetzt, Freunde, Parteigenossen und Wähler, jetzt heißt es aufgepaßt. Jeder auf seinen Posten und Jeder am richtigen Platz. Auch das Arbeiter-Wahl-Comité will seine Schuldigkeit thun, aber es verlangt auch von Euch, unterstützt zu werden und bittet auf folgende Punkte acht zu haben: 1) Sobald die Wählerlisten auf dem Rathhause zu Jedermanns Einsicht öffentlich anliegen, ist es Pflicht jedes Wählers, zuzusehen, ob er, und so weit er es übersehen kann, alle ihm bekannten Wähler richtig eingetragen sind. 2) Ist es Pflicht jedes Parteigenossen, bei der Herbeischaffung von Geldern zur Reichstagswahl mit allen Kräften beizutragen. Listen zur Sammlung liegen bei Rudolph, Mittelstraße 11/II, aus. 3) Zur Verbreitung der Flugblätter müssen die Parteigenossen, wenn irgend möglich, Sonntags beim Nachtragen thätig sein. In diesem Behufe melde man sich Sonntag Morgens früh 8 Uhr bei Rudolph, Mittelstr. 11. Jetzt vorwärts in den Kampf und thätig gearbeitet, damit wir den Gegnern zeigen, daß wir auf dem Wege sind. Das Arbeiter-Wahl-Comité.

22. sächsischer Wahlkreis.

Hiermit machen wir den Parteigenossen zur Pflicht, bei der jetzt beginnenden Auslegung der Wählerlisten wachsam zu sein, bezgl. für Einberufung von Wahlversammlungen auf dem Lande zu sorgen und etwaige gegnerische Angriffe und Verleumdungen in ihren Versammlungen außer bekannt zu geben.

Zur Abhaltung des Weiteren findet Sonntag, den 2. December, in Hallenhain, Nachmittags 2 Uhr, im „Waldhof zum Erren“ eine Conferenz statt, wozu hiermit einladet Das Wahlcomité.

Meine am 18. November in Köln gehaltene Candidatenrede ist von einem mir unbekanntem Stenographen nachgeschrieben und von demselben im Selbstverlag herausgegeben worden. Obgleich der betreffende Herr sich verpflichtet hatte, dieselbe vor dem Druck einem kompetenten zur Durchsicht und Correctur zu übergeben — was bei einem so langen Vortrag, nachgeschrieben von einem einzigen Mann, doppelt notwendig war — so ist dies nicht geschehen. In Folge dessen enthält die Schrift eine Menge Unrichtigkeiten, die theils auf unklarer Auffassung, theils auf Gesehsehern beruhen.

Ich sehe mich daher genöthigt zu erklären, daß ich jene Rede nicht als eine getreue Wiedergabe meines Vortrages ansehen kann.

Berlin, den 1. December 1876.

August Bebel.

Zur Notiz.

Nächsten Sonnabend und nächsten Montag werden die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten keine Versammlungen abhalten können, da ihre Anwesenheit in Berlin, der 3. Lesung der Justizgesetze wegen, im Parteinteresse unerlässlich ist.

Achtung!

Während der Zeit vom 4. December bis 10. Januar sind alle für mich bestimmten Briefe u. unter meiner Adresse zu senden nach: Berlin, Gollnowstraße 34a bei Huth.

Jugleich mache ich die Parteigenossen derjenigen Wahlkreise, in welchen ich als Candidat aufgestellt werde, darauf aufmerksam, meinen Namen auf Flugblättern oder Stimmzetteln nicht unrichtig zu veröffentlichen. Stimmzettel, auf welchen mein Name enthalten sein soll, müssen un gütig zu sein, folgendermaßen lauten: Otto Kapell in Hamburg, ebenso Flugblätter. Stimmzettel, welche ein Wort mehr oder weniger enthalten sind un gütig.

Briefkasten.

der Redaktion. Auf vielfache Anfragen: Kufer für den 12. den 13. und den 19. sächsischen Wahlkreis kann ich keine neuen Versammlungseinladungen annehmen. Gegebene Zusagen erfülle ich selbstverständlich. Im Uebrigen verweise ich auf Bebel's Notiz unter dem Briefkasten. W. Liebknecht. — Tölde in Jerslohn: Wo die Schuld liegt, weiß ich noch nicht; die Sache wird aber geregelt. W. L. — Der Verfasser der Correspondenz aus Halber in Nummer 27 wird ersucht, Hrn. C. Reuschel, Techniker in Wittweida (Sachsen) seine Adresse mitzutheilen. — R. Halberstadt: Es scheint nicht geliebert zu haben.

Hrn. K. Kapell in Hamburg: Wodurch kann ein Mangel an einer bestimmten Adresse entstanden sein, da ich doch immer noch in Eretin bin? Unbegreiflich! G. Zielowski.

Auf die täglich an mich ergehenden Einladungen zur Abhaltung von Versammlungen in den verschiedensten Orten und Gegenden erkläre ich ein für alle Mal, daß ich vor den Wahlen nicht eine Versammlung mehr, außer den bereits zugesagten und den in meinem Wahlbezirk abzuhaltenden, abhalten werde. Ich muß auch, um Zeit und Kosten zu sparen, alle weiter an mich eingehenden Einladungen unbeantwortet lassen. Dabei erlaube man mir es hier offen auszusprechen, daß ich es für höchst unbillig halte, wenn fortgesetzt, insbesondere an die Vertreter der Partei im Reichstag, Anforderungen selbst von solchen Bezirken gelangen, die Kräfte genug haben, auf eigenen Füßen stehen zu können. Soll nicht eine insofern nachtheilige Kräftevertheilung eintreten, so müssen die Bezirke, in denen Aussicht auf Erfolg ist, sich ausschließlich mit der Thätigkeit ihres Candidaten und der im Bezirk vorhandenen agitatorischen Kräfte begnügen. Es geht nicht, daß einzelne Wenige, von denen Jeder seine eigenen Bezirke zu bearbeiten hat, ihre Kräfte auf 40 oder 50 Bezirke vertheilen und doch auch im Reichstag thätig sein sollen.

Berlin, 30. November 1876.

K. Bebel.

Antizung. Alnr Saalfeld Ab. 4,00 d. 2. hier. Arbeiterpartei Wandsbeck Ann. 1,10. Schum. Gew. hier Ann. 0,60. Frz Erfurt Schr. 3,00. Hgr Bergen Schr. 3,10. Wlmr Magdeburg Ab. 3,00. Enframm Chicago Ab. 200,70. Thn Bismar Schr. 6,40. Rthmh Eisenach Schr. 3,00. Dd Danzig Schr. 3,00. Sacht Ahrensboof Guitzen Schr. 12,00. Gmbi Frankfurt Schr. 15,00. Dmm Stuttgart 12,50. Th Chemnitz Schr. 7,00. Bich Suhl Schr. 6,25. Strbl Wridan Schr. 6,25. Wbch Wobach Schr. 1,50. Dmg Danzig Schr. 6,00. Sacht Baldenburg Schr. 4,85. Wmm Schalkmühle Schr. 2,10. Ab Cottbus Schr. 5,00. Rthmann Mohrden Schr. 3,00. Wrg Lanenburg Schr. 29,50. Rln Warburg Schr. 4,35. Wbr Vorzheim Schr. 1,70. Wb Rau-llm Schr. 2,50. Rthn Thonberg Ab. 1,20. Orlndbrg Rürnberg Ab. 180,00. Grndt Rittenburg Schr. 2,45. R. Tzgr Dresden Schr. 46,94. Saldg Wilschheim Schr. 4,35. Arbeiterbild. Ver. Ried Ab. 1,60. J. Wc Gospodjnci Ab. 1,12.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 9. December, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Boge, Mittelstraße Nr. 11: (S. 161)

Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Hartmann über das eheerliche ökonomische Verhöltniß. Um jährliches Erscheinen ersucht D. S. (70)

Stötteritz. Sonnabend, 9. December, Abends 9 Uhr, im Gasthof „zum goldenen Löwen“:

Sozialisten-Versammlung. Zahlreichen Besuch erwartet Der Einberufer. (50)

Leipzig. Commission zur Begründung eines Berufslokals für die Gewerkschaften. Freitags, Abends 8 Uhr, Besprechung im Thüringer Hof, Thurgstraße. — Gewerkschaften, die sich bis jetzt noch nicht theilgenommen, werden ersucht, einen Delegirten zu senden. Alle Gewerkschaftsvorstände sind eingeladen. D. S. (100)

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Mittwoch: Vortrag von Hrn. Wittich. — Sonnabend: Vortrag über das Wasser (Fortsetzung).

Leipzig. Donnerstag, den 7. December, Abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Sozialisten-Versammlung. Tagesordnung: Die Kleingewerbetreibenden und die nächste Reichstagswahl. Referent Sauer. Der Agent. (60)

Leipzig. Holzarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 9. December, Abends 1/2 9 Uhr: Versammlung, Windmühlenstraße Nr. 7. Tagesordnung: Vortrag von Seifert. Protagelasten. D. S. (10)

Achtung! Soeben erschien!

Die Jackel.

Sozialdemokratisches Flugblatt Nr. 13 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.

Inhalt: Auch ein netter Liberaler. — Noch ein Beitrag zum Kapitel der Sozialzahlung. — Correspondenz. — Parlamentarischer Tagespiegel (Schluß). — Fadelstücken. — Briefkasten.

Preis der Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellung bei der Expedition des „Vorwärts“, Fackelstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel“.

Das 14. wird Dienstag 11 Uhr angedruckt.

Verantwortlicher Redacteur: W. Liebknecht in Leipzig. Redaktion und Expedition Fackelstraße 12/II. in Leipzig.

jenigen, die am meisten zur Verbreitung dieser Anschauungen beitragen. Einzelne Wenige waren es damals, welche die drohenden Gefahren erkannten und davor warnen; aber ihre Stimme wurde nicht gehört. Schon nach 3 Jahren aber, als sich die Größe des Vaterlandes in der Größe des Steuerzettels bemerkbar machte, trat an die Stelle des früheren Kaufes der unvermeidliche Kagenhammer. Die Ertragsverhältnisse entsprachen den gehegten Erwartungen nicht, Handel und Wandel wurde durch die Mißwirthschaft des Liberalismus brach gelegt, daher im Jahre 1874 die 400,000 Stimmen für sozialistische Candidaten. Wenn damals gesagt wurde, durch die Wahl liberaler Candidaten werde sich die Industrie heben, so sehen wir heute, also nach wieder 3 Jahren, das Gegentheil. Die Industrie ist mehr wie je heruntergekommen und hieran trägt die Gesetzgebung keine kleine Schuld. Was haben die gewählten Gesetzgeber uns geschaffen? Ein Auktionsgesetz, die Wurzel des Gräberthums; ein Brechgesetz, welches freihandlich bilden soll, aber in Wirklichkeit jeder freihandlichen Schranken setzt; ein Impfgesetz, nach welchem uns die Rindviehhymphe reichthümlich eingemipft wird, trotzdem diese Prozedur von 2/3 der größten Autoritäten als gesundheitschädlich bezeichnet wird. Sie haben uns ferner geschaffen ein Militärgesetz, wobei sie auf sieben Jahre nicht nur für sich, sondern sogar für ihre Nachfolger auf das wichtigste Recht, auf das Budgetbewilligungsrecht verzichtet haben — ein Gesetz, durch welches angeblich der Friede gesichert werden soll, welches aber in Wirklichkeit in seinen Consequenzen dazu beiträgt, ganz Europa in ein Heerlager zu verwandeln und den Wohlstand des Volkes zu ruiniren. Aehnlich verhält es sich mit dem Landsturmgesetz. Redner beleuchtet noch verschiedene andere Gesetze und Gesetzeshorlagen, die, zwar einstweilen abgelehnt, wieder zur Vorlage kommen werden, z. B. das Contrahirungsgesetz, die verschiedenen Steuervorlagen u. Bei allen diesen Gesetzen haben die Volksvertreter das Menschenmögliche geleistet im Aufgeben von Prinzipien, es handelt sich deshalb bei der nächsten Reichstagswahl darum, gegen diese Wirthschaft zu protestiren und deshalb einen Mann die Stimme zu geben, dessen Vergangenheit und bisheriges Auftreten im Reichstag uns dafür bürgt, daß er mit der liberalen Wirthschaft nicht einverstanden ist. Einen solchen Candidaten stellen die hiesigen Genossen in der Person des Herrn August Bebel auf, der in Wirklichkeit für die Volksinteressen eintrete. Lebhafter Beifall bei der Nennung des Namens Bebel bewies, daß wir in ihm den richtigen Mann getroffen haben. Zum Schluß wurde eine Resolution eingebracht und einstimmig angenommen, des Inhalts, daß die Versammelten mit allen Kräften für diesen Candidaten eintreten wollen. Nachdem der Vorsitzende aufgefordert, gegentheilige Ansichten zur Geltung zu bringen, sich aber Niemand zum Wort meldete, wurde die Versammlung geschlossen.

München, 26. November. Gestern Abends wurde im Gasthofe zum „Unterpollinger“ eine ausgezeichnet besuchte sozialdemokratische Versammlung abgehalten, in welcher auch der, gestern aus dem Hellengefangnis Nürnberg nach Erziehung seiner viermonatlichen Haft zurückgekehrte Redacteur des „Zeitgeist“, Herr Kiefer, erschienen war und beim Betreten des Saales stürmisch begrüßt wurde. Nach dem Vorsitzenden ergriff zunächst Redacteur Kiefer das Wort, um den Arbeitern Münchens seinen Dank abzusagen, daß sie während seiner Strafsaft seine Familie so thätig unterstützten. Hierauf sprach Herr Schloßer über die Berichterstattung der liberalen Landtagsabgeordneten Münchens; in seiner Rede bewies er, daß beide Parteien, sowohl die ultramontane als die liberale, in der jüngst verflochtenen Landtagsession für das Volk gar nichts geleistet haben. Als Redner mit Bezug auf den Landtagsabgeordneten Walfert behauptete, daß es eine schwachvolle Rolle für einen Staatsanwalt sei, den liberalen Agitator zu spielen, wurde ihm auf Veranlassung des Polizeikommissärs Gebret das Wort entzogen. Darauf trat Reichstagscandidat Regenschirmmacher Pröbstl auf, um in Kürze das Programm der sozialdemokratischen Abgeordneten zu entwickeln. Der Vorschlag Kiefer's, daß die beiden Candidaten für München ihr Programm im „Zeitgeist“ erscheinen und in Form von Flugblättern verbreiten lassen sollten, fand allgemeinen Anklang. Nachdem noch Ernst sen., der während der Haft Kiefer's die Redaktion des „Zeitgeist“ führte, den Anwesenden für die ihm zu Theil gewordene Unterstützung gedankt hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Mainz, im November. Wie man in Hessen zu seinem Rechte kommt, kann man aus Folgendem ersehen. Im Januar 1876 erhielt ich einen Steuerzettel, auf welchem ein Einkommensteuereapital von 75 fl. per Monat verzeichnet war, monach ich also für das Ziel (2 Monat) 3 Mfl. 37 Pf. zu zahlen hatte. Ich ließ mir sofort von meinem Prinzipal eine Bescheinigung schreiben, daß ich nur 14 fl. wöchentlichen Gehalt habe, also ein monatliches Einkommen von 56 fl. Mit dieser Bescheinigung ging ich noch dem hiesigen Steuerbureau, um selbst zu reklamiren; wurde jedoch abschlägig beschieden. Ich wendete mich sodann an die Ober-Steuer-Direktion in Darmstadt und bat dieselbe, mir doch diese ungerechte Steuer auf Grund der Bescheinigung meines Prinzipals zu ermäßigen. Heute erhalte ich nun von dort folgenden Bescheid:

„Die Großh. Ober-Steuer-Direktion eröffnet dem Abrikalaten auf Grund stattgefundener Prüfung (?) des obigen Rekurses, daß seinem Gesuch als unbegründet willfährige Folge nicht gegeben worden ist.“

Ein weiterer Rekurs gegen diese Entscheidung ist gesetzlich nicht zulässig. (!)

Wo soll nun der Arbeiter sein Recht suchen?

Burgdamm. (18. hannoverscher Wahlkreis.) Hiermit den Parteigenossen zur Notiz, daß im hiesigen 18. hannoverschen Wahlkreise W. Brade aus Braunschweig als Reichstagscandidat aufgestellt ist. Ein Jeder, der Sympathie für die Emanzipation der Arbeiterklasse hegt, kann diese jetzt betheiligen, indem er seine Stimme nur unserem aufgestellten Candidaten giebt und in allen Kreisen für dessen Wahl agitirt, denn nur durch einen Arbeiterabgeordneten werden die wahren Interessen des arbeitenden Volkes im Parlamente vertreten werden. Thue daher ein Jeder, was in seinen Kräften steht, denn es thut noth. Ohne Kampf kein Sieg!

Briefe u. f. w. in dieser Angelegenheit wolle man an Unterzeichneten senden.

Bernh. Beundorf, Burgdamm b. Bremen.

Selle, 27. November. Hier am Orte hat sich laut Beschluß der Volksversammlung, in der Herr Otto Kapell referirte, ein Wahlcomité constituirt, um die Wahl des von der sozialdemokratischen Partei aufgestellten Candidaten Otto Reimer zu unterstützen. Als Vorsitzender ist Vornecke, als Kassirer Stabe und der Unterzeichnete als Schriftführer gewählt. — Zur Förderung unserer Sache beabsichtigen wir am Montag den 4. December eine Volksversammlung abzuhalten, in der Herr Reimer seine Candidatenrede halten soll.

C. Hingstmann.